

Bernhard Stricker

Überparteiliches Komitee für die medizinische Grundversorgung

Ein überparteiliches Komitee mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus allen grösseren Parteien mit Ausnahme der SVP hat an der Pressekonferenz vom 8. April 2014 zu einem «JA» zum Verfassungsartikel über die medizinische Grundversorgung aufgerufen.

Eine Woche nach der Pressekonferenz des Abstimmungskomitees «JA zur medizinischen Grundversorgung» folgte der Medienauftritt der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Dabei war die Breite der vertretenen Parteien ebenso eindrücklich wie eine Woche zuvor die breite Palette von Berufsverbänden. Mit Ausnahme der SVP (die aber mit Nationalrat Heinz Brand im Co-Präsidium des Personen-Unterstützungskomitees vertreten ist) nahmen alle relevanten Parteien an der Medienkonferenz des Parlamentes teil. Das heisst konkret: Christine Egerszegi-Obrist, Ständerätin FDP (AG), Pierre-Alain Fridez, Nationalrat und Hausarzt SP (JU), Yvonne Gilli, Nationalrätin und Hausärztin Grüne (SG), Lorenz Hess, Nationalrat BDP (BE) Christian Lohr, Nationalrat CVP (TG) und Thomas Weibel, Nationalrat glp (ZH).



Nationalrätin Yvonne Gilli sprach aus der Optik der Hausärztin: «In den kommenden zehn Jahren wird die Hälfte der Haus- und Kinderärzte pensioniert. Der höchste Stand an Hausärztinnen wurde im Jahr 2000 erreicht. Damals zählte man 0,6 Hausärzte pro 1000 Einwohner. Ideal ist gemäss OECD eine Hausärztin pro 1000 Einwohnerinnen.» Um dieses Ziel zu erreichen, müssten jährlich ungefähr 300 Hausärztinnen ihre Tätigkeit aufnehmen, aber heute seien es nicht einmal hundert. «Studien aus England und den USA haben gezeigt, dass mit einem zusätzlichen Hausarzt auf 10000 Einwohner die Mortalität um 10 Prozent sinkt». Doch von zehn Studierenden der Medizin in der Schweiz lassen sich heute sieben zu Spezialisten und nur drei zum Hausarzt ausbilden. Laut WONCA (world organization of family doctors) sei ein umgekehrtes Verhältnis von 6–7 Hausärzten zu 3–4 Spezialisten erstrebenswert. An der Universität Basel gaben 2008 nur gerade 12 Prozent der Studierenden als Berufsziel die Hausarztmedizin an.



Ständerätin Christine Egerszegi erinnerte an die Ausgangslage: «Es war für alle ein ungewohntes Bild, als am 1. April 2006 Tausende von aufgebrachten Hausärzten mit ihren weissen Kitteln vor dem Bundeshaus demonstrierten. Das Fass zum Überlaufen gebracht hatte Bundesrat Couchepin mit seiner Entscheidung, die Labortarife zu senken.» Dann schilderte sie den weiteren Verlauf der Initiative mit der

schnellen Unterschriftensammlung, der Einreichung und der parlamentarischen Behandlung, in der sie eine führende Rolle als SGK-S-Präsidentin einnahm und sich stark für einen Gegenvorschlag einsetzte, denn die Initiative sei viel zu sehr auf die Berufsgruppe der Hausärzte ausgerichtet gewesen. Im Gespräch mit den Hausärzten habe sie erreicht, dass diese die Initiative zurückzogen – auch dank des von ihr unterstützten Masterplans – und mit dem Nationalrat habe sie sich auf den Gegenvorschlag des Ständerates geeinigt, der die medizinische Grundversorgung für die ganze Bevölkerung sicherstellen soll. Am Schluss sagte sie: «Wenn wir den Hausarztmangel, aber auch den Pflegenotstand, mit wirksamen Mitteln beheben wollen, dann müssen den Worten nun Taten folgen. Deshalb braucht es ein JA zum neuen Verfassungsartikel für eine gute Versorgung der Bevölkerung in kranken Tagen.»



Nationalrat Christian Lohr sprach über den Philosophiewandel in der Medizin, vor allem über den Wandel in der Zusammenarbeit zwischen den Haus- und Kinderärzten und den übrigen medizinischen Grundversorgern. «Während sich früher viele als Einzelkämpfer verstanden, hat die Interprofessionalität zunehmend an Bedeutung gewonnen. Aus der Einzelpraxis wird so mehr und mehr ein interprofessionelles

Gesundheitszentrum. Gerade für die Behandlung von chronisch und mehrfach Kranken ist dieser ganzheitliche Zugang der Schlüssel für einen Behandlungserfolg. Sie sind auf ein gutes Zusammenspiel aller Akteure im Gesundheitswesen angewiesen. In Zukunft müssen diese neuen Zusammenarbeitsmodelle noch verstärkt und weiterentwickelt werden.»



Nationalrat Thomas Weibel wies in seinem Referat auf die Lebenserwartung hin, die in der Schweiz stetig steige. Alleine in den letzten 30 Jahren habe sie um 5 bis 7 Jahre zugenommen. Erfreulicherweise habe auch die Geburtenrate in den letzten 10 Jahren um nicht weniger als 14 Prozent zugenommen. «Diese demografischen Entwicklungen und vor allem auch der technische Fortschritt, der gerade im Bereich

der Medizin enorm ist, bewirken, dass die Anzahl chronisch Kranker mit mehreren Krankheiten zunimmt. Das wiederum hat direkte Auswirkungen auf den Bedarf an Leistungen der medizinischen

Grundversorgung. Dieser Bedarf steigt stetig an und es ist nicht absehbar, dass sich der Trend ändert.» Ausserdem stellte er fest, dass bereits heute viele Haus- und Kinderärzte keine Aufnahmekapazitäten mehr hätten. «Besonders gross ist dieses Problem im ländlichen Raum und in den Berggebieten. Gerade hier sind Haus- und Kinderärzte als erste Anlaufstelle bei medizinischen Problemen aber extrem wichtig. Denn sie sind auch im Notfall und nachts für ihre Patienten da und absolvieren Hausbesuche, wenn ihre Patientinnen und Patienten nicht mehr in die Praxis kommen können.»



Die Hausarztmedizin sei in Gefahr, warnte auch SP-Nationalrat und Hausarzt *Pierre-Alain Fridez*. Damit sei die Qualität der Grundversorgung gefährdet. 70 Prozent aller Gesundheitsprobleme würden von Haus- und Kinderärzten gelöst, und das mit lediglich 4 Prozent der Gesundheitskosten. Mit ihrer Initiative hätten die Hausärzte einen Hilferuf lanciert. Und dieser sei gehört worden.



Das Wohlwollen, das in der Bevölkerung gegenüber Hausärzten zu spüren ist, war das Thema von Nationalrat *Lorenz Hess*. Diese seien das Herzstück im Gesundheitswesen und lösten die meisten gesundheitlichen Probleme der Bevölkerung im Alleingang. Sie hätten eine wichtige Triage-Funktion. Zudem übernehmen die Hausärzte laut Hess eine zentrale Rolle in der koordinierten Behandlung. Ein weiterer Vorteil bestehe im langen Kontakt zu den Patienten. Dadurch könne ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden.

Es war beeindruckend, wie engagiert und fundiert sich die Bundespolitikerinnen und -politiker für die Haus- und Kinderärzte einsetzen und aufzeigten, wie effizient und trotzdem nahe am Menschen und unverzichtbar die Hausarzt- und Kindermedizin ist.

Fotos: © Parlamentsdienste, 3003 Bern

Korrespondenz:
Bernhard Stricker, lic. phil.
Waaghausgasse 5
3011 Bern
b.stricker[at]bluewin.ch

WEIL WIR AUCH MORGEN NOCH HAUS- UND KINDERÄRZTE BRAUCHEN.

JA ZUR MEDIZINISCHEN
GRUNDVERSORGUNG
am 18. Mai 2014 | www.hausarzt-ja.ch

